



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: Aufstockung der Mittel für Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2016 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 02 03 Tit. 685 53 wird der Ansatz für das Jahr 2016 um 4.700.000 Euro von 660.000 auf 5.360.000 Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus einer Absenkung von Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Der Freistaat Bayern engagiert sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weltweit mit entwicklungspolitischen Maßnahmen, um die Lebensbedingungen von Menschen in allen Regionen der Welt zu verbessern. Angesichts der sich zuspitzenden Flüchtlingssituation in der europäischen Nachbarschaft wie Nordafrika und dem Nahen Osten soll die Staatsregierung ihre Tätigkeit verstärkt auf die Fluchtherkunftsregionen und Transitländer legen, indem sie mit Hilfe der in diesem Titel zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich Projekte der Entwicklungszusammenarbeit finanziert, die der Bekämpfung von Fluchtursachen in Entwicklungsländern dienen. Zwar ist Entwicklungszusammenarbeit aufgrund teils gravierender kriegerischer Auseinandersetzungen direkt in den Fluchther-

kunftsändern nicht unbedingt möglich, aber hier kann eine Intensivierung der Aktivitäten in den Nachbar- und Transitländern die entsprechenden Regionen – wie im Falle Syriens mit Ländern wie dem Libanon und Jordanien – stärken und ihnen bei den konkreten Problemen im Zuge massenhafter Flucht vor Ort helfen. Ziel und Anspruch bayerischer Entwicklungspolitik muss es angesichts der dramatischen Entwicklungen der vergangenen Monate und Jahre sein, auch die Situation vor Ort in den Fluchtherkunftsregionen mit gezieltem Mitteleinsatz zu verbessern. Der von der Staatsregierung vorgeschlagene zusätzliche Betrag von 300.000 Euro reicht für die bevorstehenden Herausforderungen bei Weitem nicht aus.